



Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

IWH-Pressemitteilung 53/2011

Halle (Saale), den 15. Dezember 2011

Konjunktur aktuell: Europäische Schulden- und Vertrauenskrise bringt deutsche Konjunktur ins Stocken

Zur Jahreswende 2011/2012 hat die weitere Zuspitzung der Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum die weltwirtschaftlichen Aussichten deutlich eingetrübt. Auch Deutschland wird sich von der Verschlechterung der internationalen Konjunktur nicht abkoppeln können, und das deutsche Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2012 mit 0,3% nur schwach zunehmen. Darüber hinaus sind die Risiken groß. Sollten etwa die Refinanzierungskosten im deutschen Bankensystem, anders als in dieser Prognose unterstellt, stark zunehmen, würde die gesamtwirtschaftliche Produktion 2012 wohl schrumpfen. Zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es gegenwärtig, das Vertrauen der Finanzmärkte in die Staatsfinanzen der Euroraum-Länder zu kräftigen. Von den Vorschlägen dafür, wie dies gelingen soll, verspricht der vom Sachverständigenrat vorgeschlagene Schuldentilgungspakt den besten Erfolg.

Am Jahresende 2011 ist die **Weltwirtschaft** ins Stocken geraten. Hauptursache ist die Zuspitzung der Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum. Die Verunsicherung von privaten Haushalten und Unternehmen, die restriktive Finanzpolitik und die Spannungen im Bankensektor lösen im Euroraum eine Rezession aus. Diese wird aber nicht die Ausmaße der Großen Rezession in den Jahren 2008 und 2009 erreichen, weil anders als damals die Nachfrage aus den übrigen Wirtschaftsregionen der Welt stabil bleibt. Zwar hat sich auch die Wachstumsdynamik in den Schwellenländern zuletzt deutlich verlangsamt. Die Wirtschaftspolitik erhöht dort aber bereits wieder ihren Expansionsgrad. In den USA haben sich die konjunkturellen Perspektiven zuletzt etwas aufgehellt. Die Hauptrisiken für die Weltkonjunktur im Jahr 2012 ergeben sich aus der Möglichkeit, dass die Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum nicht eingedämmt werden kann. So ist nicht mehr auszuschließen, dass für Italien oder Spanien eine Restrukturierung der Schulden wie im Fall Griechenlands nötig wird. Ein weiteres nicht zu vernachlässigendes Risiko ist die Möglichkeit einer stärkeren Abschwächung der Wachstumsdynamik in China, wo ein Abschwung im Immobiliensektor droht.

Deutschlands Realwirtschaft spürt bislang wenig von der Schulden- und Vertrauenskrise, dürfte sich jedoch nicht auf Dauer von der nachlassenden Weltkonjunktur abkoppeln können. So sind die Auftragsbestände zuletzt geschrumpft, und die Unternehmen blicken laut Umfragen skeptisch in die Zukunft. Die gesamtwirtschaftliche Aktivität dürfte im vierten Quartal 2011 stagnieren und im ersten Quartal 2012 geringfügig schrumpfen. Zurückhaltung beim privaten Konsum und bei den Unternehmensinvestitionen sowie geringe Exporte dürften insbesondere die industrielle Produktion deutlich dämpfen. Im späteren Verlauf des Jahres 2012 und im Jahr 2013 wird sich, sofern eine Eindämmung der Schuldenkrise gelingt, die konjunkturelle Lage allmählich wieder bessern. Die entscheidenden Impulse kommen dann aus dem Inland: Zunächst zurückgestellte Konsumwünsche bzw. Investitionsvorhaben

Sperrfrist:

15. Dez. 2011,
11:00 Uhr

Pressekontakt:

Stefanie Müller
Telefon:
+ 49 (0) 345 7753-720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Oliver Holtemöller
Telefon:
+ 49 (0) 345 7753-800
E-Mail:
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundeswirtschafts-
ministerium (**BMWi**),
,Bundesministerium der
Finanzen (**BMF**),
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales (**BMAS**),
Bundesministerium des
Innern (**BMI**),
Bundeskanzleramt

Wissenschaftliche

Schlagwörter:

Konjunktur, Prognose,
Finanzmärkte, Öffentliche
Finanzen, Geldpolitik,
Finanzpolitik, Weltwirtschaft,
Deutschland,
Ostdeutschland,
Arbeitsmarkt,
europäische Schulden- und
Vertrauenskrise

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 (0) 345 7753-60
Fax: +49 (0) 345 7753 820

<http://www.iwh-halle.de>

werden nachgeholt. Auch wird der weiterhin stabile Arbeitsmarkt den Konsum stützen. Zwar wird die Zahl der Erwerbstätigen in den ersten drei Quartalen leicht sinken, dann aber wieder zunehmen, und im Durchschnitt des Jahres 2012 wird die Beschäftigung sogar etwas höher liegen als 2011. Dagegen dürfte die Exportnachfrage durch Konsolidierungsbemühungen in den Ländern der Haupthandelspartner gedämpft werden. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels fällt im Jahr 2012 negativ aus und stagniert im Jahr darauf in etwa. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2012 nur schwach (um 0,3%) zunehmen, sich aber im Jahr 2013 mit 1,6% erneut beschleunigen (vgl. Tabelle). Unter der Annahme in etwa konstanter Ölpreise und eines stabilen Wechselkurses dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise nach 2,3% im Jahr 2011 im kommenden Jahr noch 1,8% und 2013 dann 1,6% betragen.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2011 bis 2013

	2011	2012	2013
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
private Konsumausgaben	1,4	0,4	1,0
Staatskonsum	1,6	1,9	0,9
Anlageinvestitionen	6,6	1,3	5,1
Ausrüstungen	8,6	2,0	8,0
Bauten	5,5	0,6	2,9
sonstige Anlagen	4,3	3,5	6,2
inländische Verwendung	2,3	0,5	1,6
Exporte	8,5	3,0	6,3
Importe	7,5	3,6	6,8
Bruttoinlandsprodukt	3,0	0,3	1,6
dar.: Ostdeutschland*	2¼	½	1¼
nachrichtlich:			
USA	1,7	2,0	2,5
Euroraum	1,6	-0,2	1,3
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	1,7	0	0,2
Tariflöhne je Stunde	1,7	2,1	2,0
Effektivlöhne je Stunde	2,4	2,6	2,1
Lohnstückkosten ^a	1,1	2,2	0,6
Verbraucherpreisindex	2,3	1,8	1,6
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland)	41 055	41 089	41 168
dar.: Ostdeutschland*	5 811	5 810	5 818
Arbeitslose ^b	2 979	2 945	2 855
dar.: Ostdeutschland*	722	719	710
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^c	6,8	6,7	6,5
dar.: Ostdeutschland*	11,1	11,0	10,9
	<i>% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-0,8	-0,9	-0,6

* Ohne Berlin. – ^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Nationale Definition. – ^c Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 15.12.2011).

Bund und Länder müssen die nach wie vor hohe strukturelle Verschuldung der öffentlichen Haushalte in der mittleren Frist zurückführen, um der Schuldenbremse zu genügen. Allerdings ist der Konsolidierungskurs im kommenden Jahr deutlich weniger rigide als noch vor kurzem geplant. So wird im Jahr 2013 der Tarif bei der Einkommensteuer inflationsindexiert. Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird 2011 noch 0,8% betragen, 2012 leicht (auf 0,9%) steigen und 2013 auf 0,6% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt sinken.

Ein beachtliches **Risiko** für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland stellt die Möglichkeit dar, dass die Schulden- und Vertrauenskrise die Refinanzierungskosten der Banken auf dem Kapitalmarkt drastisch erhöhen kann. Ein solcher Anstieg würde sich auf die Finanzierungskosten von Unternehmen und privaten Haushalten übertragen. Wie eine Schätzung des IWH mit Hilfe eines Zeitreihenmodells zeigt, würde die deutsche Produktion im Jahr 2012 in einem solchen Fall wohl sinken.

Die **Mittelfristprojektion** der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland für die Jahre 2010 bis 2016 ergibt eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrates des Bruttoinlandsproduktes von 1½%. Die seit dem Jahr 2010 bestehende leichte Überauslastung der Kapazitäten in Deutschland geht im Projektionszeitraum zurück, ohne jedoch ganz zu verschwinden.

Zentrale Aufgabe der **Wirtschaftspolitik** im Euroraum ist es gegenwärtig, neues Vertrauen der Finanzmärkte in die Zahlungsfähigkeit der Krisenstaaten im Euroraum zu schaffen. Dies wird wohl nur möglich sein, wenn der Wirtschaftspolitik im Euroraum Instrumente zur Verfügung stehen, die es ermöglichen, notfalls auch einem größeren Partnerland finanziell wirksam zur Seite zu springen. Unter den gegenwärtig diskutierten Vorschlägen schneidet der vom Sachverständigenrat vorgeschlagene Schuldentilgungspakt am besten ab, da er sowohl die notwendige Konsolidierung der nationalen Haushalte als auch die kurzfristige Stabilisierung der Finanzmärkte herbeiführen kann und dabei ohne dauerhafte gesamtschuldnerische Finanzierung auskommt. Die wichtigste Aufgabe für die Geldpolitik ist es gegenwärtig, eine Bankenkrise im Euroraum abzuwenden. Eines der vielen Warnsignale ist das Anschwellen der Nettoforderungen und Nettoverbindlichkeiten (bzw. der Target2-Salden) innerhalb des Eurosystems. Von Maßnahmen, die den weiteren Aufbau von Target2-Salden blockieren, ist gegenwärtig aufgrund der damit verbundenen hohen Risiken für die Stabilität des Finanzsektors dringend abzuraten.

Wissenschaftliche Ansprechpartner:

Prof. Dr. Oliver Holtemöller

Tel.: +49 (0) 345 7753-800, E-Mail: Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Dr. Axel Lindner

Tel.: +49 (0) 345 7753-703, E-Mail: Axel.Lindner@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Stefanie Müller

Tel.: +49 (0) 345 7753-720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) widmet sich der Erforschung der Entwicklungen „Von der Transformation zur europäischen Integration“. Dieses Forschungsprofil ist auf zwei Bereiche konzentriert: Programmbereich I befasst sich mit Wachstum und wirtschaftlicher Integration, Programmbereich II mit der Analyse von Transformationsprozessen. Unter dem allgemeinen Forschungsthema genießt die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands besondere Aufmerksamkeit. Das IWH ist in drei wissenschaftlichen Abteilungen organisiert: Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik. Die Forschung wird in inhaltlich definierten Forschungsschwerpunkten durchgeführt, die auf mittlere Frist eingerichtet sind und abteilungsübergreifend spezifische Kompetenzen bündeln. Diese Forschungsschwerpunkte sind als Ort der Einheit von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung zu verstehen. Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.